



iran-report

Nr. 02/2003

ایران رپورت

I. Innenpolitik:

Verbot zweier weiterer Reformzeitungen - Kampagne im Vorfeld der landesweiten Kommunalwahlen am 28. März / Die Mosharekat-Partei wehrt sich gegen Angriffe der Konservativen / Aus der Studentenfraktion wird eine Fraktion für Menschenrechte im iranischen Parlament / Störung der persischsprachigen Auslandssender in Teheran und Umgebung - Staat versucht außerdem, Internetdienste als alternatives Medium der Nachrichtenverbreitung zu beseitigen / Auf Druck der EU: Iran schafft Todesstrafe durch Steinigung ab / Lebenslange Haftstrafe für Geheimdienstagenten im Prozess gegen die Kettenmorde / Zwei Rechtsanwälte verhaftet / Aufhebung des fünfjährigen Hausarrestes gegen Ayatollah Montazeri / Chatami kritisiert die Existenz unterschiedlicher Geheimdienste / Auszüge aus dem offenen Brief des Oppositionellen Ezatollah Sahab - Er wendet sich gegen quälende Verhöre und psychologischen Druck: „Wenn Sie meinen, dass ich für das Land, das Volk, den Islam und die Revolution schädlich bin, lassen Sie mich hinrichten“ / Parlament beschließt Angleichung des Blutgeldes für Muslime und Angehörige religiöser Minderheiten - nicht für männliche und weibliche Opfer / Liga für Menschenrechte in Iran bittet um Unterstützung

II. Wirtschaft:

Zucker und die iranische Wirtschaft / Bruttosozialprodukt ein Zehntel dessen, was Kuwait und Israel produzieren / Schmuggel als „Schatten des Schreckens, der auf der iranischen Wirtschaft liegt“ / Japan beteiligt sich an der Erdölförderung in Iran

III. Außenpolitik:

Kuwaitischer Außenministers in Teheran / Außenminister Charrazi im Europaparlament mit kritischen Fragen konfrontiert / Irans Position zum/im möglichen Irak-Krieg / Irakische Oppositionelle trafen sich in Iran / UNO-Inspektoren durchsuchen Lager der Organisation der Volksmodjahedin in Irak / Außenminister Charrazi weist Bushs Vorwürfe zurück

Mit dem iran-report stellt die Heinrich-Böll-Stiftung der interessierten Öffentlichkeit eine Zusammenfassung ihrer kontinuierlichen Beobachtung relevanter Ereignisse in Iran zur Verfügung. Nach der von der Heinrich-Böll-Stiftung im April 2000 veranstalteten Berlin-Konferenz und verstärkt infolge der Anschläge am 11. September stellen die Entwicklungen in Iran und der Region einen zentralen Arbeitsschwerpunkt der Stiftung dar. Der iran-report erscheint monatlich (Nr. 03/2003 Mitte März) und wird einem breiteren InteressentInnenkreis aus Politik, Wissenschaft und Medien zur Verfügung gestellt.

Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin, im Februar 2003

Wenn Sie den iran-report abonnieren oder abbestellen wollen,
wenden Sie sich bitte an:
Heinrich-Böll-Stiftung
lorenz@boell.de
Fax: 030-285 34 - 494
Tel: 030-285 34 - 217

Impressum:

Hrsg.: Heinrich-Böll-Stiftung

Autor: Bahman Nirumand

Redaktion: Vera Lorenz

V.i.S.d.P.: Albert Eckert

Heinrich-Böll-Stiftung
Hackesche Höfe
Rosenthaler Str. 40/41
10178 Berlin
Tel: 030-285 34 - 0
Fax: 030-285 34 - 109
Email info@boell.de
www.boell.de

I. Innenpolitik

Verbot von vier Zeitungen

Hamshahri ist die letzte der vier Tageszeitungen, die seit Anfang Januar dem Kampf der von den Konservativen beherrschten Justiz gegen die Reformbewegung zum Opfer gefallen ist. Sie ist mit einer Auflage von fast 400.000 die am weitesten verbreitete liberale Tageszeitung. Die Begründung für das vorläufige Verbot mutet absurd an: die Zeitung habe es unterlassen, eine Gegendarstellung des Geschäftsführers des „Hauses des Arbeiters“, Alireza Mahdjub zu veröffentlichen.

Die Justiz war noch nie auf die Idee gekommen, gegen eine Zeitung wegen der Weigerung, Gegendarstellungen abzudrucken, vorzugehen. Dass sie es diesmal tat, hat nach Meinung des „Vereins zur Verteidigung der Pressefreiheit“, eindeutig politische Gründe. Der Verein bezeichnete das Verbot als Verfassungsbruch und forderte die Justiz auf, „die Politik aus der Rechtsprechung herauszuhalten“. - Konservative Blätter verbreiten nun tagtäglich falsche Informationen, Unterstellung und Denunzierungen. Gegendarstellungen der Betroffenen, selbst von hohen Amtsträgern, werden ignoriert.

Führende Vertreter der Reformbewegung sprechen von einer breit angelegten Kampagne. Mohsen Mirdamadi, Vorsitzender des Parlamentsausschusses für nationale Sicherheit und Außenpolitik, meinte auf einer Pressekonferenz in Teheran, der Umgang der Justiz mit der Presse stehe im Zusammenhang mit den Kommunalwahlen, die landesweit am 28. März stattfinden. Den Reformern solle die Möglichkeit genommen werden, während des Wahlkampfs das Volk über die Vorgänge im Land zu informieren.

Wie schon gemeldet, wurden bereits am 11. Januar zwei der bedeutendsten liberalen Tageszeitungen, „Hajat-e No“ (Neues Leben) und „Bahar“ (Frühling) verboten. Das Teheraner Zivilgericht warf Bahar vor, „Autoritäten des Staates beleidigt“ zu haben. Das Gericht unterließ, den Vorwurf zu präzisieren. Hajat-e No wurde die Veröffentlichung einer Karikatur zur Last gelegt. Es handelt sich um eine 1937 in Amerika erschienene Karikatur, in der Präsident Roosevelt einem Richter den Daumen

auf den Kopf drückt. Nach Auffassung des Sondergerichts für Geistliche hat die Karikatur des Richters, der als alter, bärtiger Mann mit einer schwarzen Robe dargestellt wurde, starke Ähnlichkeit mit dem verstorbenen Revolutionsführer Ayatollah Chomeini. Das Sondergericht fühlte sich zum Einschreiten berufen, weil der Herausgeber der Zeitung ein Geistlicher ist. Hadi Chamenei, Parlamentsabgeordneter, gehört im Gegensatz zu seinem erzkonservativen Bruder, dem derzeitigen Revolutionsführer Ali Chamenei, dem Lager der Reformer an. Drei Redakteure der Zeitung wurden verhaftet, Hadi Chamenei wurde gegen eine hohe Kautionsvorläufig von der Haft verschont.

Die Konservativen nahmen die Veröffentlichung der Karikatur zum Vorwand für eine Hetzkampagne gegen die Reformer. Habibollah Asgaroladi, Generalsekretär der rechtsgerichteten islamischen Vereinigung Motalefeh äußerte die Ansicht, die Veröffentlichung der Karikatur sei im Auftrag des US-Geheimdienstes CIA erfolgt. Die von den Konservativen beherrschte Expertenversammlung verurteilte die Veröffentlichung und forderte die Justiz auf, die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen. Der Verein der Lehrer an der Theologischen Hochschule in Ghom forderte die Bevölkerung zu Protestdemonstrationen auf. Auch die Händler und Kaufleute im Teheraner Bazar sollten ihre Geschäfte und Büros schließen. Die Tageszeitung Djomhuri-e eslami, die als Sprachrohr des Revolutionsführers Chamenei gilt, schrieb, es habe wenig Sinn, immer wieder ein paar Zeitungen zu verbieten. Um die Unabhängigkeit und die Interessen der Islamischen Republik zu sichern, sei eine gründliche Säuberung nötig.

In zahlreichen Städten fanden Demonstrationen und Kundgebungen statt. Dabei wurde die liberale Presse angegriffen, als Handlanger ausländischer Geheimdienste bezeichnet und der Tod der Redakteure gefordert: „Der iranische Salaman Rushdi muss hingerichtet werden“, stand auf einem Plakat. Auch Präsident Chatami wurde nicht verschont. „Chatami, schäme dich, wirf die Reformen weg“, riefen die Demonstranten, oder „Chatami, das ist die letzte Warnung, tritt zurück“. In der westiranischen Stadt Khorramabad wurde auf das Büro von Hajat-e No ein Brand-

anschlag verübt. Vor dem Verlagshaus in Teheran skandierten Islamisten mit geballten Fäusten: „Schreibende Spione müssen hingerichtet werden.“

In dem von den Demonstranten verteilten Flugblatt steht: „Die intrigierenden Vaterlandsverräter sollten nicht vergessen, dass die gläubigen Muslime ihr Wort, das sie Imam Chomeini und den Märtyrern gegeben haben, niemals vergessen werden. Sie werden Leute, die bereit sind, bei ihrer Agententätigkeit für ihre ausländischen Auftraggeber die Heiligtümer des Volkes preis zu geben, niemals ruhig schlafen lassen.“

Noruz ist die vierte Zeitung, die in den letzten Tagen verboten wurde, und zwar bereits einige Tage vor ihrem Wiedererscheinen. Sie war im Juli 2002 für sechs Monate verboten worden. Ihren Herausgeber, den Parlamentsabgeordneten Mohsen Mirdamadi, hatte das Gericht zu einer hohen Geldstrafe und vierjährigem Verbot journalistischer Tätigkeit verurteilt. Inzwischen hatte Mohammad Reza Chatami, Bruder des Staatspräsidenten und Vorsitzender der Mosharekat-Partei, die im Parlament die größte Fraktion bildet, die Herausgabe übernommen. Doch kurz vor dem Erscheinen kam das Verbot der Justiz, eine Maßnahme, die der Richter als „Vorbeugung einer Straftat“ bezeichnete. Chatami, der mit den meisten Stimmen ins Parlament gewählt worden war, reagierte auf das Verbot mit einem scharfen Protestschreiben an den Preserat. Zum Schluss des Schreibens heißt es: „Die Justiz soll endlich zugeben, dass es in der Islamischen Republik nicht einmal dem Vizepräsidenten des Parlaments und Vorsitzenden der Regierungspartei erlaubt ist, eine Zeitung herauszugeben.“

In den letzten drei Jahren sind in Iran rund 95 Zeitungen und Zeitschriften verboten worden. Einige der besten Journalisten des Landes sitzen hinter Gittern. Die Misere hat auch noch einen sozialen Aspekt, auf den der Vorsitzende des Vereins zur Verteidigung der Pressefreiheit, Shams al-Vaezin hinweist. Durch die Verbote wurden Tausende Journalisten und Reporter arbeitslos. Allein die gerade verbotene Tageszeitung Hamshahri beschäftigt in ihrer Hauptstadtreaktion fast 3000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Aber das scheint die Justiz nicht zu küm-

mern. Im Gegenteil, vieles deutet darauf hin, dass die Konservativen eine „gründliche Säuberung“ der iranischen Presselandschaft planen.

Die Mosharekat-Partei wehrt sich gegen die Angriffe der Konservativen

Die Mosharekat-Partei, die die größte Fraktion im Parlament bildet, ist seit Monaten einer immer massiver werdenden Kritik der Konservativen ausgesetzt. Es vergeht kein Tag, an dem nicht die Medien, die nahezu gänzlich von den Rechten monopolisiert sind, mit Beschimpfungen, Denunzierungen und Unterstellungen gegen die Partei agieren. Nach dem Prozess gegen die Meinungsforscher, bei dem Abbas Abdi (einer der führenden Köpfe der Reformbewegung) Fehler einräumte und Ansichten äußerte, die seiner Position vor der Verhaftung gänzlich widersprachen, forderten einige konservative Zeitungen sogar die Auflösung der Partei.

Politische Beobachter äußern die Meinung, dass der Prozess gegen die Meinungsforscher (s. IR 11/2002) als eine Waffe gegen die Mosharekat-Partei dienen sollte und Abdi durch Folter zu den selbstdenunzierenden Aussagen gezwungen worden sei.

Indes setzten sich die Vertreter der Reformbewegung gegen die Angriffe zur Wehr. Mohammad Reza Chatami, Vorsitzender der Mosharekat-Partei und Bruder des Staatspräsidenten, warf bei einer Pressekonferenz den Konservativen vor, seit Beginn der Revolution Massenaufmärsche für eigene politische und materielle Interessen instrumentalisiert zu haben. Die Angriffe gegen seine Partei gehören zu den vergeblichen Versuchen, die Organisationen der Reformbewegung aus dem Weg zu räumen.

Die Reformer hingegen seien schon 1997 nach der Übernahme der Regierung durch Chatami der Meinung gewesen, dass die Massenbewegungen durch Organisationen, Vereine und Verbände ersetzt werden sollten. Es gäbe nun zahlreiche Organisationen, die unabhängig von der Regierung ihre Arbeit leisten. Genau diese Organisationen und Berufsverbände werden von den Konservativen angefeindet und unter Druck gesetzt. Die Ursache für die Feindseligkeiten gegen die Mosharekat-Partei liege auch darin, dass die Partei sich geweigert ha-

be, über die Aufteilung der Macht zu verhandeln.

Gründung einer Fraktion für Menschenrechte im iranischen Parlament

Fatemeh Haghighatdju, Vorsitzende der Studentenfraktion im Parlament, erklärte auf einem Kongress der Islamischen Studenten, dass sich die Aktivitäten der Vertreter der Studentenbewegung im Parlament nicht auf studentische Anliegen beschränkten. Die Beschäftigung mit anderen Problemen habe sich als nötig erwiesen. Die neu gegründete Fraktion der Menschenrechte werde sich nun auch mit politischen und sozialen Problemen anderer Berufsgruppen auseinandersetzen. Haghighatdju berichtete dem Kongress über die Tätigkeit der fünfköpfigen Studentenfraktion. Durch Gespräche und Verhandlungen mit den Verantwortlichen sei es der Fraktion gelungen, viele der inhaftierten Studenten aus der Haft zu befreien. Die Lage der Studenten sei in der Provinz wesentlich problematischer als in der Hauptstadt, sagte die Parlamentsabgeordnete. Die Fraktion sei viel zu klein, um alle Probleme bewältigen zu können. Deshalb sei sie auf die aktive Unterstützung der Studentenschaft angewiesen.

Störung der persischsprachigen Auslandsender in Teheran und Umgebung

Nachdem Präsident Bush und Verteidigungsminister Rumsfeld in den letzten Monaten mehrmals betont haben, dass nach ihrer Einschätzung das iranische Volk in absehbarer Zukunft die islamistischen Herrscher in Iran stürzen werde, sind die von den USA finanzierten persischsprachigen Fernseh- und Radiosender verstärkt worden. Damit ist einerseits die Popularität dieser Sender in der iranischen Bevölkerung und andererseits die Angst der Machthaber in Teheran spürbar gestiegen. Wie bereits berichtet (IR 1/03) hat Radio Freies Europa seine Sendezeit von täglich drei auf 24 Stunden verlängert. Auch das aus den USA über Satellit gesendete Fernsehprogramm ist weiter ausgebaut worden. Die Zahl der Zuhörer und Zuschauer dieser Programme in Iran wird auf mehrere Millionen geschätzt. Daher ist es nicht verwunderlich, dass schon seit Wochen eine breit angelegte Kampagne gegen diese

Sender im Gang ist. Konservative Zeitungen, Freitagsprediger, die staatlichen Rundfunk- und Fernsehsender und hohe Amtsträger bis hin zum Revolutionsführer Chamenei benutzen jede Gelegenheit, um diese Sender als feindliche Propaganda darzustellen. Doch scheinbar erzielt die Kampagne die gegenteilige Wirkung. Daher sollen nun diese Sender durch Störungen wirkungslos gemacht werden. Bereits vor einigen Wochen lief das Gerücht, entsprechende Störgeräte seien im Ausland bestellt und würden bald eintreffen. Tatsächlich wird seit Tagen das Fernsehprogramm aus Amerika in Teheran und Umgebung gestört. Bei der Verabschiedung des Regierungshaushalts im Parlament wurde bekannt, dass eine neue Haushaltsstelle unter der Bezeichnung „Aktivitäten gegen amerikanische Drohungen“ eingerichtet worden ist. Wie viel für diese Stelle vorgesehen wurde, ist nicht bekannt.

Die Verbreitung von Nachrichten über das Internet soll ebenfalls verhindert werden. Viele Journalisten, deren Zeitungen verboten wurden, haben Internetdienste eingerichtet. Zurzeit bilden diese Dienste eine wichtige Quelle für Nachrichten, die in den offiziellen Medien nicht auftauchen. Bemerkenswert ist, dass sich auch konservative Journalisten dieses offenbar wirkungsvollen Mittels bedienen.

Nach unbestätigten Meldungen hat der Nationale Sicherheitsrat einer Kommission den Auftrag erteilt, Vorschläge zur Beseitigung der Internetdienste vorzulegen. Die Organisation Reporter ohne Grenzen hat gegen die Bildung dieses Komitees, das nach Angaben der Organisation aus jeweils einem Vertreter des Informationsministeriums, des Kultusministeriums und des staatlichen Rundfunks und Fernsehens bestehen soll, schärfstens protestiert. Wie die Organisation berichtet, wurde die Gründung des Komitees in der letzten Sitzung des Obersten Rats der Kulturrevolution, der vom Justizchef Ayatollah Shahrudi geleitet wird, beschlossen.

Verhaftung von Rechtsanwälten

Die Verhaftung von Rechtsanwälten, die Regimegegner verteidigen, hat in den letzten Monaten zugenommen. Nach dem harten Gerichtsurteil gegen Nasser Za-

rafshan, der die Hinterbliebenen der Opfer der „Kettenmorde“ anwaltlich vertrat, wurden Anfang Januar Abdolfattah Soltani und Mohammad Ali Dadk-hah, zwei Verteidiger bei dem Prozess gegen die Gruppe der „National-Religiösen“, zu jeweils vier bzw. fünf Monaten Gefängnis verurteilt und in Haft genommen. Die beiden Anwälte waren angeklagt worden, weil sie gegen den Umgang mit ihren Klienten bei den Verhören während der Untersuchungshaft protestiert hatten. Vom Gericht wurde diese Proteste als Verbreitung falscher Informationen eingestuft.

Abschaffung der Todesstrafe durch Steinigung

Ayatollah Mahmud Shahrudi, Chef der iranischen Justiz, hat bei einem Treffen mit EU-Außenkommissar Chris Patten erklärt, die Islamische Republik werde künftig auf die Todesstrafe durch Steinigung verzichten. Damit wird eine wichtige Forderung der EU bezüglich der Einhaltung der Menschenrechte erfüllt. Die EU hat u.a. die Achtung der Menschenrechte zur Bedingung für den Abschluss eines umfassenden Handelsvertrags gemacht.

Lebenslange Haftstrafe für Geheimdienstagenten im Prozess gegen die Kettenmorde

Das Oberste Gericht hat Ende Januar die lebenslange Haftstrafe gegen zwei der Angeklagten im Prozess gegen so genannte Kettenmorde, bei denen 1998 das Ehepaar Forouhar und die Schriftsteller Mochтари und Pujandeh ermordet wurden, bestätigt. Die restlichen neun Angeklagten wurden mit zweieinhalb bis zehn Jahren Gefängnis bestraft. Bei den Angeklagten handelt es sich um Agenten des Geheimdienstes, die an den Morden direkt beteiligt gewesen sein sollen. Doch mit diesen Urteilen sind die Morde längst nicht aufgeklärt.

Parastou Forouhar, die in Deutschland lebende Tochter des ermordeten Ehepaars, meinte, das Gericht habe von Anbeginn darauf verzichtet, nach den Auftraggebern und den tatsächlichen Ursachen der Morde zu forschen, obwohl alle Angeklagten bei den Verhören und während des Prozesses immer wieder betont hätten, die Morde im Auftrag einer höheren Instanz ausgeführt zu ha-

ben. Frau Forouhar erklärte, sie werde den Fall weiter verfolgen. Da sie keine Hoffnung mehr in die iranische Justiz habe, werde sie sich an die UN-Menschenrechtskommission wenden.

Aufhebung des Hausarrestes gegen Ayatollah Montazeri

Hossein Ali Montazeri, einer der bekanntesten Ayatollahs, der von Millionen Schiiten auch außerhalb Irans als religiöse Instanz angesehen wird, war ein Gefährte und engster Vertrauter Ayatollah Chomeinis. Der Revolutionsführer hatte ihn zu seinem Nachfolger bestimmt. Doch kurz bevor er 1989 starb, fiel Montazeri in Ungnade. Er hatte gegen Massenhinrichtungen und Folterungen von politischen Gefangenen protestiert. Auch nach Chomeinis Tod setzte er die Kritik gegen die Führer der Islamischen Republik fort, was ihn vor fünf Jahren zum Hausarrest zwang. Zum Schweigen brachte es den inzwischen 80jährigen Geistlichen nicht.

Je schärfer seine Kritik, vor allem an den Konservativen, namentlich an Revolutionsführer Chamenei wurde, desto mehr stieg seine Popularität im Volk. Er warf den Führern des Gottesstaates vor, die Revolution verraten und den Islam ins Verderben geführt zu haben. Nun hat sein schlechter gesundheitlicher Zustand die Konservativen dazu gezwungen, den Hausarrest wieder aufzuheben: Ein Tod des Geistlichen hätte zu einem Aufstand seiner Millionen Anhänger führen können.

Um den Erfolg zu mildern und Zweifel an der Standhaftigkeit des unbeugsamen Kritikers zu verbreiten, wurde jetzt das Gerücht im Umlauf gesetzt, der Ayatollah habe das Versprechen abgegeben, sich nicht mehr in politische Angelegenheiten einzumischen. Dem widersprach Montazeri in einem Interview mit der BBC. Er habe weder um die Aufhebung des Hausarrests gebeten noch irgendwelche Abmachungen getroffen. An seiner Position habe sich nichts geändert und er werde nach wie vor seinen Pflichten nachkommen und auch zu politischen Fragen Stellung nehmen.

Chatami kritisierte die Existenz unterschiedlicher Geheimdienste

Bei den Prozessen, die in letzter Zeit gegen Oppositionelle und Reformer geführt wurden, stellte sich heraus, dass die Justiz über einen eigenen Geheimdienst verfügt, auf dessen Informationen sich Richter und Staatsanwälte stützen. Es gab zahlreiche Fälle, bei denen Angeklagte wegen umstürzlerischer Tätigkeit und Zusammenarbeit mit ausländischen Geheimdiensten vor Gericht gestellt wurden, das Informationsministerium jedoch nach eigenen Angaben die Angeklagten für unschuldig hielt oder zumindest die Vorwürfe nicht bestätigen konnte. Auch andere Instanzen unterhalten offensichtlich einen eigenen Geheimdienst. Dieser Umstand forderte die Kritik des Staatspräsidenten Chatami heraus. Ohne die einzelnen Instanzen beim Namen zu nennen, sagte er, parallele Geheimdienstorganisationen seien für das Land schädlich. Sie vergeuden Kräfte und bergen die Gefahr, dass Feinde daraus Nutzen ziehen. Die einzige Instanz, die zum Sammeln von Information befugt sei, sei das Informationsministerium.

Mohssen Mirdamadi, Vorsitzender des Ausschusses für nationale Sicherheit und Außenpolitik, kritisierte denselben Sachverhalt, wurde aber dabei wesentlich deutlicher als der Staatspräsident. Er sagte, in den letzten zwei Jahren habe die Justiz, angeblich aufgrund eigener Informationen, die nicht aus dem Informationsministerium stammen, zahlreiche Menschen verhaften lassen und sie wegen Spionagetätigkeit und umstürzlerischer Aktivitäten angeklagt. Auch in dem jüngsten Prozess gegen Meinungsforscher sei den Angeklagten Spionagetätigkeit vorgeworfen worden. In keinem dieser Fälle sei das Informationsministerium mit einbezogen worden. Diese illegale Vorgehensweise der Justiz füge dem Land großen Schaden zu.

Ezatollah Sahabi: „Wenn Sie meinen, dass ich für das Land, das Volk, den Islam und die Revolution schädlich bin, lassen Sie mich hinrichten“

Ezatollah Sahabi, einer der Wortführer der Gruppe, die als national-religiös bezeichnet wird, gehört zu den Urgestalten der iranischen Politik. Bereits unter dem Schah musste er als Opposi-

tioneller längere Zeit in Haft verbringen. Nach der Revolution war er zunächst Mitglied des Revolutionsrats, danach bekleidete er mehrere hohe Staatsämter, darunter das Amt des Chefs der Planorganisation. Doch nach wenigen Jahren fiel er wegen seiner kritischen Haltung in Ungnade. Er wurde mehrmals in Haft genommen, was dazu führte, dass er zum Staat weiter auf Distanz ging und sich fortan als Autor und Herausgeber der Zeitung Iran-e Farda betätigte. Mit dem Aufkommen der Reformbewegung bot seine Zeitung ein wichtiges Forum für liberale und kritische Journalisten. Sahabi gehörte zu den Teilnehmern der von der Heinrich-Böll-Stiftung im April 2000 in Berlin veranstalteten Iran-Konferenz. Wie einige andere Teilnehmer wurde auch er nach seiner Rückkehr nach Iran verhaftet und später zu viereinhalb Jahren Gefängnis verurteilt. Während der Haft wurde er unter Folter zu falschen Geständnissen gezwungen. Inzwischen ist der nun 74jährige gegen eine hohe Kaution freigelassen worden. Doch offenbar wird er immer noch quälenden Verhören unterzogen. Der offene Brief, aus dem wir Auszüge veröffentlichen, ist an die Adresse der Leiter der drei staatlichen Gewalten, Karrubi (Parlamentspräsident), Chatami (Staatspräsident) und Shahrudi (Justizchef) gerichtet.

Sahabi weist zu Beginn des Briefes darauf hin, dass er in den letzten Jahren mehrmals verfolgt, verhaftet und verhört wurde. Nach seiner letzten Verhaftung sei er nach einer Woche in Einzelhaft gebracht worden, in eine Zelle, die sich in der Abteilung für Mörder und psychisch Kranke befand. „Nach einem dreiwöchigen Aufenthalt in dieser Zelle, den ich unter sehr harten Bedingungen verbrachte, wurde ich in eine Abteilung gebracht, die die Untersuchungsbeamte selbst als ‚Dunkelkammer der Geister‘ bezeichnen. Ich wurde täglich Verhören unterzogen, die gewöhnlich am Nachmittag begannen und bis zum nächsten Morgen dauerten. Ich möchte betonen, dass das, was mir hier widerfahren ist, die Art der Verhöre, die unglaublichen Vorwürfe und die Methoden, die zur Umwandlung der Psyche angewendet wurden, qualitativ mit dem was ich bisher erlebt und erfahren hatte, nicht verglichen werden kann. Das Ergebnis war, dass ich während dieser Zeit nicht nur zwei Herzinfarkte hatte und mehrere Nervenschocks er-

litt und deswegen in die Intensivstation gebracht werden musste, mein Gehirn und meine Nerven hatten ihre Funktions- und natürliche Reaktionsfähigkeit völlig verloren, so dass ich, obwohl ich mich seit einem Jahr nicht mehr in Haft befinde, immer noch unter Depressionen leide und deswegen ärztlich behandelt werde. Schließlich wurde mir der Prozess gemacht. Die Anklageschrift enthielt elf haltlose, widersinnige Anklagepunkte, für die eine Strafe von mindestens 12 Jahren Gefängnis und höchstens die Todesstrafe vorgesehen war.“

„Ich erwarte keinerlei Anerkennung für meine politischen Aktivitäten während der Schahdiktatur, für die ich zwölf Jahre Gefängnis hinnehmen musste. Ich erwarte auch keinen Dank für alles, was ich nach der Revolution für dieses Land getan habe. Meine Schriften bezeugen, dass ich nichts anderes im Sinn hatte, als für meinen Glauben und mein Vaterland verantwortlich zu sein, mich um eine bessere Zukunft meines Landes zu kümmern. (...) Die Anklageschrift stützte sich ausschließlich auf die Geständnisse, die ich während der zwölfmonatigen Isolation und Verhören auf 2000 Seiten niederschrieb und dabei auf meine Hinrichtung hoffte. Ich erklärte gegenüber den Untersuchungsbeamten, dass ich bereit wäre, alles aufzuschreiben und hoffte durch eine Hinrichtung endlich den in den vergangenen fünfzig Jahren einmaligen Verhören zu entkommen. Nach Beendigung der Untersuchung wurde ich gegen eine Kaution von 200 Millionen Tuman, deren Höhe ebenfalls einmalig ist, aus dem Gefängnis entlassen und warte nun auf das Urteil.

Doch trotz allem, was ich geschildert habe, werde ich seit meiner Freilassung von derselben Gruppe, die mich verhört hat, ständig in meinem Büro aufgesucht oder ich werde zu verschiedenen Orten bestellt. Die Gruppe versucht, meine geistigen, sozialen, politischen Aktivitäten, ja sogar mein Privatleben zu kontrollieren und mit denselben Methoden mich demselben psychischen Druck und denselben Drohungen auszusetzen, denen ich bereits fünfzehn Monate lang im Einzelhaft ausgesetzt war.“

Sahabi berichtet, dass er sich an das Gericht gewandt und darum gebeten habe, ihn, falls ihm die Justizbehörde

keine weitere Straftat vorzuwerfen habe, bis zur Bekanntgabe des Urteils in Ruhe zu lassen. Tatsächlich habe man zwei Monate lang mit den Verhören aufgehört. Doch vor kurzem habe er wieder eine Vorladung bekommen, die von keiner Behörde stammt. Er sei, obwohl ihm die Adresse des Absenders merkwürdig erschien, dorthin gegangen und habe wieder dieselbe Gruppe angetroffen. Und er sei wieder mit Drohungen und neuen Vorwürfen massiv unter Druck gesetzt worden. Nun habe er erneut eine Vorladung bekommen, werde ihr aber nicht mehr Folge leisten.

Der Brief endet mit folgenden Sätzen: „Ich weiß jetzt keinen Ausweg mehr, als mich an Sie zu wenden. Sie tragen für alles, was in diesem Land geschieht, Verantwortung. Ich fordere Sie auf, Ihre juristische und religiöse Verantwortung wahrzunehmen und zu veranlassen, dass ich nicht mehr durch Drohungen und widerrechtliche Verfolgungen belästigt werde. Ich bin bereit, solange Sie wollen und wohin Sie wollen wieder ins Gefängnis zu gehen. Da ich aber sicher bin, dass diese Herren mich auch dort nicht in Ruhe lassen werden, würde ich in diesem Fall den Tod vorziehen und meine Hinrichtung verlangen.

Ich möchte Sie also bitten, sollten Sie der Meinung sein, dass ich dem Land, dem Volk, dem Islam oder der Revolution Schaden zufüge, mich hinrichten zu lassen und damit den Schaden von unserem Land abzuwenden. Schließlich steht uns allen ein anderes Leben bevor, in der andere Rechnungen aufgestellt werden und wir alle in Gegenwart Gottes unsere Taten verantworten müssen. Sollten Sie jedoch nicht der Meinung sein, dass ich meinem Land schade, dann sorgen Sie dafür, dass ich als Bürger dieses Landes aus dieser Lage befreit werde.“

Parlament beschließt gleiches Blutgeld für Muslime und Angehörige religiöser Minderheiten

Wenn ein Muslim einen anderen Muslim tötet, wird er mit dem Tod bestraft. Er kann sich aber nach islamischem Gesetz auch von der Todesstrafe freikaufen, wenn er den Hinterbliebenen des Opfers ein Blutgeld zahlt. Die Höhe des Blutgelds beträgt zurzeit rund 19.000 Dollar. Handelt sich bei dem

Getöteten um einen Christen, Juden oder Angehörigen einer anderen religiösen Minderheit, beträgt das Blutgeld nur ein Zwölftel der genannten Summe. Diese gravierende Ungleichheit hat nun das Parlament aufgehoben. Demnach muss für einen Mord, ungeachtet der religiösen Zugehörigkeit des Opfers, dieselbe Summe gezahlt werden.

Den Initiatoren dieses Beschlusses gelang jedoch nicht, auch die bestehende Ungleichheit zwischen Frauen und Männern aufzuheben. Das Blutgeld für eine getötete Frau ist halb so hoch wie das für einen getöteten Mann.

Die Liga für Menschenrechte in Iran bittet, der Menschenrechtsdelegation, die Ende Februar nach Iran reist, Unterlagen zur Verfügung zu stellen

Die Liga für Menschenrechte in Iran hat in einem offenen Brief alle Personen, Vereine, Verbände und Organisationen, die Unterlagen bzw. Informationen über Verletzungen der Menschenrechte in Iran besitzen, aufgefordert, diese der Menschenrechtsdelegation, die Ende Februar nach Iran reist, zur Verfügung zu stellen. Die Delegation, die aus Beauftragten aus Brüssel, Paris und London gebildet wurde, wird ihren Bericht der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen vorlegen. Interessierte wenden sich bitte direkt an:

Committee Office
House of Commons
Committee Room 15
Ldon SW1A 0AA
Great Britain
Tel.: (020) 7219 20 23

oder an die Liga für Menschenrechte in Iran:

P.O.BOX 150 825
D-10670 Berlin
Tel.: (030) 826 62 86

Zucker und die iranische Wirtschaft

Die Wirtschaftsabteilung der französischen Botschaft in Teheran veröffentlichte interessante Zahlen über Verbrauch, Produktion und Import von Zucker. Nach einem Bericht des Radio Farda, der sich auf diese Informationen bezieht, liegt der durchschnittliche Zuckerverbrauch pro Kopf bei jährlich 25 Kg, das ist halb so viel wie der Verbrauch in Westeuropa. Der Gesamtverbrauch liegt in Iran bei zwei Millionen Tonnen, wovon die Hälfte für rund 300 Millionen Euro aus dem Ausland eingeführt wird. Von den 39 Zuckerfabriken, die im Inland Zucker produzieren, stammen die meisten aus den sechziger Jahren. Sie sind seither nicht modernisiert worden und arbeiten mit denselben Maschinen, mit denen sie vor vierzig Jahren begonnen hatten.

Der Zuckerimport untersteht dem Handelsministerium. Der Staat kauft den Zucker, der im Inland produziert wird, direkt von den Herstellern auf und leitet ihn mit 20% Rabat an den Großhandel weiter. Trotzdem ist der Zucker auf dem internationalen Markt für iranische Großhändler billiger als der, der im Inland produziert wird. Der Preisunterschied ist der Grund für den Zuckerschmuggel aus Dubai oder anderen Golfstaaten.

Bilanz der iranischen Wirtschaft

In der sozioökonomischen Jahresschrift 2003 der französischen Tageszeitung Le Monde wird das Bruttosozialprodukt Irans auf 113 Milliarden US-Dollar geschätzt. Bei einer Einwohnerzahl von 65 Millionen liegt das Bruttosozialprodukt pro Kopf bei 1.750 Dollar. Das ist ein Zehntel dessen, was Kuwait oder Israel produzieren und halb soviel wie Libanon produziert. Bezüglich des Bruttosozialprodukts liegt Iran etwa auf derselben Ebene wie Jordanien, 750 Dollar höher als Syrien und 200 Dollar höher als Ägypten.

II. Wirtschaft

Einfuhr von Schmuggelwaren im Wert von Milliarden Dollar

Die Äußerungen von Nasser Babai, Leiter der Truppe zur Bekämpfung der Schmuggelwirtschaft, machten Schlagzeilen. Die Wirtschaftsausgabe der Tageszeitung Hajat-e No berichtete von einer großen Schmuggelbande, die über die südlichen und westlichen Grenzen des Landes Fahrzeuge hereinschmuggelt. Die Tageszeitung Hamshahri bezeichnete das Schmuggelgeschäft als „Schatten des Schreckens, der auf der iranischen Wirtschaft ruht.“ „Die Mauer der Zollkontrolle“ sei zu kurz, um diesen Schatten aufzufangen. Der Wert der eingeschmuggelten Waren kann nur geschätzt werden. Nasser Babai meint, dass er bei drei bis vier Milliarden Dollar liegt. Hamshahri hingegen glaubt, dass er doppelt so hoch ist und etwa bei acht Milliarden Dollar liegt.

Die Ursache der Schmuggelwirtschaft liegt nicht nur in mangelnder Kontrolle und bestechlichen Zollbeamten, sondern in erster Linie in der Struktur der iranischen Wirtschaft, die zu einem erheblichen Teil von mafiösen Stiftungen und einflussreichen Kreisen monopolisiert wird. Kürzlich gab das iranische Wirtschafts- und Finanzministerium bekannt, dass an den Häfen und Flughäfen des Landes Waren ein- und ausgeführt werden, über die staatliche Organe keine Kontrolle haben. Es ist auch bekannt, dass der iranische Schwarzmarkt zum größten Teil von den genannten Stiftungen und Kreisen beherrscht wird.

Japan beteiligt sich an der Erdölförderung in Iran

Wie die persischsprachige Sendung der Deutschen Welle in Anlehnung an einen kürzlich in der britischen Tageszeitung Financial Times erschienenen Artikel berichtet, hat der Wirtschaftsboykott, den die USA gegen Iran verhängt haben, dazu geführt, dass amerikanische Unternehmen aus lukrativen Investitionen in der iranischen Ölindustrie ausgeschaltet worden sind und gezwungenermaßen das Feld für europäische und asiatische Gesellschaften frei gemacht haben. Zwar haben die Vereinigten Staaten auch ausländischen Gesellschaften, die in Iran investieren, mit Sanktionen gedroht. Trotzdem

haben in den letzten Jahren französische, spanische und italienische Ölgesellschaften in die iranische Gas- und Erdölindustrie investiert. Auch Japan hat in letzter Zeit auf diesem Gebiet neue Aktivitäten entwickelt. Ein japanisches Konsortium ist bemüht, durch den Kauf von 20% der Shell-Aktien bei der Ölförderung in den beiden Gebieten Noruz und Soroush mitzuwirken. Das Konsortium wird von der Gesellschaft Japan Petroleum Exploration (Japex) geführt, die 41% des Kapitals stellt. Das Gesamtkapital des Konsortiums beträgt 221 Milliarden Dollar. Das Projekt wurde im Oktober vergangenen Jahres geplant und seitens der Shell AG der japanischen Gesellschaft Japex vorgelegt. Die Förderung in beiden Gebieten Noruz und Soroush soll schon Ende dieses Jahres beginnen. Shell hatte im Jahre 1999 einen Buy-Back Vertrag mit der National-Iranischen Ölgesellschaft (NIOC) abgeschlossen. Nach Einschätzung von Experten belaufen sich die Ölreserven in den beiden Gebieten auf rund eine Milliarde Barrel.

Ein anderes japanisches Konsortium bemüht sich zurzeit um Konzessionen für die Erdölfelder in Azadegan. Hier liegen nach Meinung von Experten die größten Erdölreserven der Welt. Das Gebiet befindet sich im Südwesten, in der Provinz Khusestan. Die Erdölreserven werden hier auf 26 Milliarden Barrel geschätzt.

III. Außenpolitik

Besuch des Kuwaitischen Außenministers in Teheran

Mitte Januar traf der Kuwaitische Außenminister Scheich Sabah al-Ahmad zu einem offiziellen Besuch in Teheran ein. Problematisch in den Beziehungen der beiden Länder sind die Wassergrenzen. Dies gehörte zu den wichtigsten Themen, über die beim Besuch gesprochen wurde. Die Gesprächspartner haben beschlossen, ein Komitee zu bilden, das sich mit Detailfragen beschäftigen und Lösungsvorschläge vorlegen soll. Scheich Sabah erklärte, sobald das Komitee das Ergebnis seiner Arbeit vorlegt, werde man gemeinsam die endgültigen Beschlüsse fassen. Kuwait hatte in letzter Zeit oft gegen die Anwesenheit iranischer Fischer in bestimmten Gebieten des Persischen Golfs protes-

tiert. Nach Berichten Kuwaitischer Zeitungen ist bei dem Besuch auch über den möglichen Export von Gas und Wassers von Iran nach Kuwait gesprochen worden. Zu der kuwaitischen Delegation gehörte auch der Öl- und Informationsminister.

Außenminister Charrazi wurde im Europaparlament mit kritischen Fragen konfrontiert

Am 2. Januar wurde der iranische Außenminister Charrazi zum ersten Mal vom Europaparlament empfangen und mit kritischen Fragen bezüglich der Lage der Menschenrechte in Iran konfrontiert. Wie das persischsprachige Programm der Deutschen Welle berichtete, stellten Abgeordnete des Europaparlaments, vor allem Mitglieder des Ausschusses für Menschenrechte, dem iranischen Außenminister konkrete Fragen nach Steinigungen, öffentlichen Hinrichtungen, Amputationen, Verbot von Zeitungen, Unterdrückung der freien Meinungsäußerung, willkürlichen Festnahmen von Schriftstellern und Journalisten. Die Antworten des Außenministers waren nicht befriedigend. Charrazi sagte, die Regierung sei mit Urteilen wie Amputationen, Steinigungen und Festnahmen nicht einverstanden, doch zuständig für diese Urteile sei die Justiz. Er kam auch auf die Rolle des Wächterrats zu sprechen. Das Parlament habe bezüglich der Menschenrechte wichtige Beschlüsse gefasst, diese seien jedoch vom Wächterrat zurückgewiesen worden.

Wie bereits berichtet, werden seit geraumer Zeit zwischen der Europäischen Union und Iran Verhandlungen über ein umfassendes Handelsabkommen geführt. Die EU macht die Zustimmung zu einem solchen Abkommen davon abhängig, dass die Menschenrechte in Iran geachtet werden, dass Iran keine Massenvernichtungswaffen herstellt, sich dem Kampf gegen den internationalen Terrorismus anschließt und sich aktiv um die Herstellung des Friedens im Nahen Osten bemüht. In den letzten Monaten haben mehrere Delegationen der EU-Staaten Iran besucht und vor allem bezüglich der Einhaltung der Menschenrechte konkrete Forderungen gestellt, die bekanntlich längst nicht erfüllt sind. Im Gegenteil, die Ereignisse der letzten Monate, der Prozess gegen die Meinungsforscher, das Verbot weiterer

kritischer Zeitungen und die willkürlichen Verhaftungen und Urteile weisen auf eine zunehmende Verschärfung der Lage. Vor einigen Monaten wurde bekannt, dass die US-Regierung die Hoffnung auf die Reformer in Iran aufgegeben hat. Wird auch die EU bald diesen Standpunkt annehmen?

Irans Position zum möglichen Irakkrieg

Der Vorsitzende der Patriotischen Union Kurdistans (PUK), Djalal Talabani, der sich - aus Washington kommend - Anfang Januar zu Gesprächen mit der iranischen Regierung in Teheran aufhielt, hatte eine beruhigende Botschaft mitgebracht: Die amerikanische Regierung habe ihm deutlich gemacht, dass sie nicht die Absicht habe, Iran militärisch anzugreifen. USA und Iran hätten „gemeinsame Interessen“, daher werde Washington im Rahmen des Irakkonflikts „nichts gegen Iran unternehmen.“

Die iranische Regierung hat immer wieder betont, dass sie eine militärische Intervention im Irak entschieden ablehnt. Denn ein Krieg gegen Irak - so das am häufigsten vorgebrachte Argument - werde die gesamte Region in Aufruhr versetzen. Ähnlich äußerte sich auch der türkische Ministerpräsident Abdullah Gül, der nach einem Besuch in Saudi-Arabien in Teheran eintraf. „Wir müssen versuchen, einen Krieg in der Region zu verhindern, da ein solcher Krieg auch schädliche Auswirkungen auf den Persischen Golf und die Staaten im Nahen Osten haben würde“, sagte Gül. Sein iranischer Gesprächspartner, Vizepräsident Reza Aref, erklärte, sein Land werde sich jeder einseitigen Kriegshandlung seitens der USA widersetzen. Er appellierte an die Staaten der Region, bezüglich des Irakkonflikts eine einheitliche Position zu beziehen. Beide Gesprächspartner erklärten auf einer Pressekonferenz, Iran und Türkei werden alles daran setzen, um einen Krieg gegen Irak zu verhindern.

Doch dieser Eindeutigkeit offizieller Erklärungen stehen die tatsächlichen Interessen Irans, die sehr ambivalent sind, gegenüber. Auf der einen Seite wächst die Furcht, die USA könnten nach Irak auch Iran angreifen. Mohsen Rezai, ein hohes Mitglied im irani-

schen Schlichtungsrat, sagte in einem Interview mit der Tageszeitung Hajat-e No, früher hätten die Amerikaner Irak zu einem Krieg gegen Iran getrieben, um die islamische Revolution zu vernichten. „Heute schmieden sie abermals ein Komplott gegen unser Land.“ Doch die Amerikaner, warnte Rezai, „sollten wissen, Iran ist weder mit Irak noch mit Nordkorea gleichzusetzen.“

Doch selbst wenn die USA vorerst nichts gegen Iran „unternehmen“ würden, würde eine amerikanische Militärpräsenz im Irak für die Islamische Republik eine zusätzlich Bedrohung bedeuten. Denn Irak ist unter den iranischen Nachbarländern das einzig Land, in dem die USA noch keine Militärbasen besitzen. Mit dem Irak wäre demnach eine Umzingelung der Islamischen Republik vollendet.

Auf der anderen Seite gibt es aus der Sicht der Islamischen Republik keinen Grund, um einen Sturz Saddam Husseins verhindern zu wollen. Der achtjährige Krieg mit dem Nachbarland ist längst nicht vergessen. Noch sind die Kriegsgefangenen nicht vollständig ausgetauscht, noch gibt es zwischen den beiden Ländern keinen Friedensvertrag. Die einzige oppositionelle Organisation, die einen bewaffneten Kampf gegen die Islamische Republik führt, die Organisation der Volksmodjahedin, befindet sich auf irakischem Gebiet. Sie erhält von Bagdad Waffen, Geld und Kriegsrüstung. Zahlreiche Terrorakte, die in den letzten Jahren in Iran verübt wurden, gehen auf die Rechnung der Volksmodjahedin. Ein Sturz Saddams würde den Aktivitäten dieser Organisation ein Ende setzen.

Im Irak regieren die Sunniten, obwohl das Land wie Iran mehrheitlich von Schiiten bewohnt wird. Der religiöse Führer der irakischen Schiiten, Ayatollah Mohammad Bagher Hakim, Vorsitzender des „Hohen Rates der Islamischen Revolution im Irak“, dem angeblich 12000 Kämpfer zur Verfügung stehen, hält sich seit Jahren in Iran auf. Der Sturz Saddam Husseins würde höchstwahrscheinlich zu einer Teilnahme der Schiiten an der Macht führen, was für Iran von großem Nutzen sein würde.

Unter diesen Aspekten betrachtet, wäre ein Regimewechsel im Irak für die Islamische Republik willkommen. Genau

diese Aspekte haben vermutlich den Ausschussvorsitzenden für Außenpolitik und Nationale Sicherheit im iranischen Parlament, Mohsen Mirdamadi, dazu bewogen, einen Kurswechsel in der Irak-Politik vorzuschlagen. In einem Interview mit der studentischen Nachrichtenagentur ISNA sagte er, im Irak seien die nationalen Interessen Irans mehr berührt als in Afghanistan. Es sei eine Dummheit, auf Kosten der eigenen Interessen die Zusammenarbeit mit den USA zu verweigern. Die Konsequenzen einer solchen Politik seien sehr gefährlich. „Wenn wir nicht vorbeugend handeln, würden wir nach wie vor zur „Achse des Bösen“ zählen und nach dem Irak zum nächsten Ziel werden.“

Doch was Mirdamadi vorschlägt, kann sich Iran kaum erlauben. Ein Land, das in der islamischen Welt einen Führungsanspruch erhebt, kann sich einen wie immer gearteten Schulterschluss mit den USA gegen ein anderes islamisches Land nicht leisten. Daher spricht man zurzeit in Iran von einer „aktiven Neutralität.“ Gemäß dieser Strategie erreichten Mitglieder der Reformfraktion im Parlament, dass die Einladung an den irakischen Außenminister Nadji Sabri, der Mitte Januar zu Gesprächen nach Teheran kommen sollte, zurückgenommen wurde. Parlamentsabgeordneter Nureddin Pirmozan sagte in einem Interview mit der Tageszeitung Tehran Times: „Wir sind nicht sicher, ob der irakische Außenminister die Absicht hat, nach Iran zu kommen. Sollte er aber seinen Fuß auf iranischen Boden setzen, werden wir Außenminister Charrazi zur Verantwortung ziehen.“ Etwa hundert Parlamentsabgeordnete schlossen sich dem Protest Pirmozans an. Sie drohten Außenminister Charrazi mit einem Misstrauensantrag. Daraufhin erklärte das iranische Außenministerium, der irakische Außenminister werde nicht nach Iran kommen.

Im Gegensatz zu den Reformern, die in einem möglichen Krieg eine wie auch immer geartete Kooperation mit den USA empfehlen, sind die Konservativen bestrebt, den militärischen Konflikt sowohl innen- als auch außenpolitisch für ihre Ziele zu nutzen. Zwar hat auch Revolutionsführer Chamenei die USA wegen der geplanten Intervention in Irak scharf angegriffen und sich gegen jede äußere Einmischung in die

Angelegenheiten Iraks ausgesprochen. Doch aus den Äußerungen einiger Vertreter der Rechten geht hervor, dass sie den Krieg willkommen heißen würden. Der Chefredakteur der konservativen Tageszeitung Keyhan, der als Chefideologe der ultrarechten Islamisten gilt, äußerte in einem Leitartikel die Hoffnung, dass die USA den Angriffsplan gegen Irak nicht aufgeben. Ein Krieg gegen Irak würde seiner Ansicht nach die Flammen des Hasses und der Wut gegen die USA in der ganzen Region entfachen und dazu führen, dass sich viele Märtyrer zu Selbstmordattentaten gegen amerikanische Soldaten und Militäreinrichtungen entschließen würden.

Der Artikel hat in den Vereinigten Staaten Wirbel ausgelöst und vor allem jenen Kreisen, die der Meinung sind, die USA sollten nach Irak auch Iran militärisch angreifen, neue Argumente geliefert. Ilan Berman, Vizepräsident des Instituts für amerikanische Außenpolitik, schrieb in einem Artikel, wenn sich die USA für die Einhaltung der Menschenrechte einsetzen wollen, müssen sie nach einem Krieg gegen Irak auch im Bezug auf Iran, das die Menschenrechte missachtet und den internationalen Terrorismus unterstützt, eine Entscheidung treffen und sich dabei nicht vor einem militärischen Einsatz scheuen.

Indes bereitet sich Teheran auf den Krieg vor. Der iranische Innenminister Moussavi Lari erklärte, Iran werde im Falle eines amerikanischen Angriffs seine Grenzen für irakische Kriegsflüchtlinge nicht öffnen. Sein Land habe im Laufe der letzten Jahre mehr als zwei Millionen afghanische Flüchtlinge aufgenommen. Doch Iran plane die Einrichtung von Pufferzonen entlang der Grenze zum Irak. Dort könnten Kriegsflüchtlinge auf irakischem Gebiet versorgt werden. Ahmad Husseini, Leiter der iranischen Einwanderungsbehörde, konkretisierte die Äußerungen des Ministers. Iran sei bereit, sagte er, höchstens 200.000 irakischen Flüchtlingen Zuflucht zu gewähren. Die Flüchtlinge könnten in zehn Lagern untergebracht werden.

Treffen von irakischen Oppositionellen in Iran

Nach einem Bericht der New York Times sind Mitte Januar einige führende ira-

kische Oppositionelle auf Einladung des irakischen Schiitenführers Ayatollah Hakim nach Teheran gekommen. Ziel des Treffens war, ein Komitee zu bilden, das nach dem Sturz Saddam Husseins in der Lage wäre, die Kontrolle des Landes zu übernehmen. Kanan Makieh, Führer einer der wichtigsten drei Oppositionsgruppen, die in Washington mit Präsident Bush Gespräche geführt haben, soll nach Angaben von New York Times gesagt haben, dass Iran sich bereit erklärt habe, den Schutz des Treffens von Oppositionellen, das in Nordirak stattfinden soll, zu übernehmen.

Dieses Treffen sei bei der Zusammenkunft von sechs Oppositionsgruppen in London geplant worden. Offiziell sei das Treffen in Teheran weder seitens der Regierung noch in den iranischen Medien erwähnt worden. Doch die irakischen Gäste seien am Flughafen in Teheran sehr freundlich empfangen und anschließend in einem Hotel untergebracht worden.

An dem Treffen in Teheran hätten auch Ahmad Chalabi, Vorsitzender des irakischen Nationalkongresses, General Samereh-i, ehemaliger Leiter des Informationsbüros der irakischen Armee, der 1994 aus dem Irak flüchtete, Latif Rashid, Vorsitzender einer der wichtigsten Oppositionsgruppen und schließlich Mochtar Shokar, Führer der irakischen Nationalbewegung, der eng mit dem Außenministerium in Washington zusammen arbeitet, teilgenommen. Die Gruppe habe sich zwar mit einflussreichen Personen, aber nicht mit Regierungsvertretern in Teheran getroffen.

UNO-Inspektoren durchsuchen auch die Lager der Organisation der Volksmodjahedin in Irak

UNO-Inspektoren haben auch die Lager der iranischen Volksmodjahedin in Irak durchsucht. Diese militante Organisation hat sich seit Mitte der achtziger Jahre im Irak niedergelassen, sie genießt den Schutz der irakischen Regierung und erhält Waffen und politische und finanzielle Unterstützung. Sie verfügt inzwischen über eine kleine Armee, die vor einigen Jahren über die Grenze in den Iran einmarschiert ist und bei einem Gefecht mit iranischem Militär in den Grenzgebieten eine große Niederlage erlitt. Hunderte

Mitglieder der Organisation fielen diesem Versuch, das Regime in Teheran mit militärischer Gewalt zu stürzen, zum Opfer. Die Organisation hat auch für einige Terroranschläge, die in den letzten Jahren in Teheran und anderen Städten ausgeführt wurden, die Verantwortung übernommen. Sie ist zurzeit die einzige Organisation, die das Ziel hat, die Machthaber in Iran durch einen bewaffneten Kampf zu stürzen. Ihre Existenz in Irak und die Unterstützung, die Saddam Hussein dieser Organisation gewährt, gehören zu den wichtigsten Konflikten zwischen Iran und Irak. Die irakischen Kurdenorganisationen berichten, dass die Volksmodjahedin eng mit der irakischen Armee zusammenarbeiten und auch bei der Niederschlagung der Kurden mitgewirkt hätten. Das US-Außenministerium hat diese Berichte bestätigt.

Ein Sprecher der Volksmodjahedin forderte die Inspektoren auf, das Ergebnis ihrer Forschungen der Organisation mitzuteilen. Er sei sicher, dass das Ergebnis entgegen der Behauptung der Islamischen Republik nachweisen wird, dass die Organisation keine unerlaubten Waffen besitzt. Die Untersuchung der Lager der Volksmodjahedin wurde vor allem deshalb notwendig, weil in einigen Presseberichten die Vermutung geäußert wurde, dass Irak unerlaubte Waffen bei den Volksmodjahedin versteckt hätte. Schon vor längerer Zeit haben die USA die Organisation der Volksmodjahedin auf die Liste der terroristischen Organisationen gesetzt, dem folgte auch die Europäische Union. Trotzdem besitzt die Organisation, wie Radio Farda berichtet, ein Büro in Washington. Zudem genießen die Volksmodjahedin die Unterstützung einiger Mitglieder des US-Kongresses.

Gespräche zwischen Iran und USA

Tom Lantos, Mitglied der Fraktion der Demokraten im US-Kongress, erklärte in einem Interview mit Radio Farda, er begrüße den Vorschlag des Vizepräsidenten des iranischen Parlaments und werde demnächst vorschlagen, dass eine Delegation des Kongresses in Teheran mit iranischen Parlamentariern Gespräche führt. Es sei bekannt, sagte der Abgeordnete, dass Iran die Hizbollah, die zu den schlimmsten terroristischen Organisationen zähle, Unterstützung gewährt. Er könne sich gut vorstellen,

dass sich die iranische Jugend unter diesem Regime nicht wohl fühle. Doch sie könne sicher sein, dass ein großer Teil der Welt mit ihr einig sei und sie in ihrem Kampf unterstützen werde.

Charrazi weist Bushs Vorwürfe zurück

Außenminister Charrazi hat die Vorwürfe Präsident Bushs gegen Iran zurückgewiesen. Bush hatte in seiner Rede zur Lage der Nation neben Irak und Nordkorea auch Iran angegriffen. Iran werde von einer Macht beherrscht, die das Volk unterdrückt, Massenvernichtungswaffen produziert und Terroristen unterstützt. Das Bestreben der Menschen in Iran nach Freiheit und Demokratie werde mit harten Sanktionen und Todesstrafe beantwortet. Wie jedes andere Volk habe auch das iranische Volk das Recht, über sein eigenes Schicksal zu bestimmen und frei die erwünschte Regierung zu wählen. Die Vereinigten Staaten werden die Rechte des iranischen Volkes verteidigen und es bei seinem Streben nach Freiheit unterstützen.

Charrazi wies die Vorwürfe zurück und erklärte, die USA hielten nach wie vor an der falschen Politik gegenüber Iran fest. Ziel der US-Politik sei der Ausbau ihrer Vormachtstellung in der Welt. Iran lehne jedes einseitige Vorgehen gegen den Irak ohne Zustimmung der Vereinten Nationen ab.

Baschar el Assad sagte kurzfristig seinen Iranbesuch ab

Der syrische Staatspräsident Baschar el Assad, der Anfang Januar zu einem Besuch nach Iran kommen sollte, sagte kurzfristig seinen Besuch ab. Für die Absage des Staatsbesuchs wurden keine Gründe genannt. Assad wollte in Teheran mit Chatami über Irak und die kritische Lage im Nahen Osten Gespräche führen. Seit der Gründung der Islamischen Republik ist Syrien unter den arabischen Staaten der engste Verbündete Irans.